

Stellungnahme zum Antrag Landtagsfraktion der PIRATEN 18/3063

Landesvermögen schützen - unwirtschaftliche öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) verhindern

Ver.di begrüßt die Initiative der Landtagsfraktion der PIRATEN durch eine Ausdehnung der Überwachungsmaßnahmen der Schuldenbremse auf ÖPP/PPP Projektfinanzierungen zukünftige Generationen vor finanzieller Überforderung zu schützen.

Über die Zukunftsgedanken die Gegenwart nicht vergessen:

Dabei ist aus unserer Sicht durch die Bereitstellung entsprechender Finanzmittel sicherzustellen, dass die Infrastruktur des Landes Schleswig-Holstein nicht weiter verfällt und dadurch die zukünftigen Generation in unzumutbarer Weise belastet werden.

Die Expertenkommission der Länderverkehrsminister (Daehre-Kommission) hat den Investitionsstau 2012 erstmals konkretisiert: 7,2 Milliarden Euro fehlen jährlich für Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und das über einen Zeitraum von 15 Jahren. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) beziffert den jährlichen Investitionsbedarf auf 10 Milliarden Euro. Dieser Investitionsstau wurzelt in einer chronischen Unterfinanzierung aller staatlichen Ebenen.

Erschwerend hinzu kam eine falsche Verkehrspolitik in Form eines nicht ausreichend priorisierten Bundesverkehrswegeplans und teurer Großprojekte.

Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur erfordern erhebliche Mehrinvestitionen in alle Verkehrsträger. Jedes Jahr müssten zusätzliche Mittel in die Verkehrsinfrastruktur investiert werden. Hier hat das Land Schleswig-Holstein erste Schritte durch die Bildung eines Sondervermögens unternommen. Die zusätzlichen daraus finanzierten Maßnahmen stellen den LBV-SH vor enorme Herausforderungen, insbesondere vor dem Hintergrund der bis 2020 geplanten Personalreduzierung.

Die vom Bund an die Länder übertragenen Infrastrukturvorhaben konnten nur durch den Einsatzwillen der Beschäftigten auf einem hohen Qualitätsstandard abgewickelt werden konnten, ohne das es zum Kollaps kam. Um das Mehr an Aufgaben abwickeln zu können, hätte es statt eines Personalabbaus eine Aufstockung geben müssen.

Die laut Bericht unzureichende Steuerung durch die Bundesebene und das Fehlen von Controlling-Instrumenten und Kostenmanagement kann nicht den Straßenbauverwaltungen der Länder angelastet werden. Die Länder erbringen immer den Nachweis für den Erhalt der Bundesmittel.

ver.di: ÖPP/PPP setzt Fehlanreize

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/4942

Wie Beispiele zeigen, ist ÖPP/PPP keine Alternative zu herkömmlichen Finanzierungsmethoden. Der Bau und Betrieb von ÖPP-Projekten zeigt, dass diese Variante deutlich teurer ist. Das zeigen Untersuchungen des Bundesrechnungshofes sowie auch zahlreiche kritische Stellungnahmen von Landesrechnungshöfen. Jedes ÖPP-Projekt ist für die Wirtschaft nur dann interessant, wenn es gewinnversprechend ist. Der Wirtschaft geht es in erster Linie darum, ein Finanzprodukt am Markt zu platzieren. Das staatliche Infrastrukturvorhaben ist das Pfand. Daraus resultiert eine Risikominimierung, da ein drastischer Ausfall der Zahlungsflüsse äußerst unwahrscheinlich erscheint. Selbst wenn z. B. die Autobahn aufgrund irgendwelcher Fehler kaputt gehen würde, springt der Staat ein, da die Autobahn betrieben werden muss.

Bei der langen Laufzeit der Modelle spielen die Refinanzierungszinsen für das eingesetzte Kapital für die Wirtschaft eine entscheidende Rolle. Denn, wie die Beispiele des Bundesrechnungshofes und der Landesrechnungshöfe zeigen, sind die ÖPP-Projekte erheblich teurer.

Durch die Einbindung von privaten Anlegern wird, wie in den Kapitalgesellschaften, der Druck zur Gewinnerzielung größer sein als die Notwendigkeit des Erhalts der öffentlichen Infrastruktur. Der Staat zieht sich damit aus seiner Verantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge zurück.

Daneben sieht ver.di die parlamentarische Kontrolle bei den Vorhaben gefährdet.

Die Erwirtschaftung der Erträge der an ÖPP/PPP Projekten Beteiligten erfolgt in der Regel über die Abtretung von Mauteinnahmen oder durch Pacht/Mietzahlungen. Dies führt zu einer Schwächung der Einnahmeseite oder einer Belastung der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte. Im Ergebnis fehlen diese Mittel für weitere Investitionen in die öffentliche Infrastruktur.

Das Heilmittel ÖPP/PPP wird dann zum Gift.

Der Antrag der Landtagsfraktion der PIRATEN zielt auf eine Minimierung der Risiken aus ÖPP/PPP Projekten für die zukünftigen Generationen durch klarere Regeln und verbessertes politisches Controlling. Dieses Ziel wird von ver.di unterstützt.